

Replik. Hat Österreich eine historische Dankeschuld gegenüber Katalonien? Die bekannten Fakten sprechen dagegen.

Zur Präsenz der Spanier in Wien

VON MICHAEL RÖSSNER

Am 11.6. erschien in der „Presse“ ein Artikel („Der Katalane von Biedermansdorf“), der das Porträt einer Persönlichkeit des 18. Jahrhunderts zu der etwas ungeschickten Aufforderung nützte, Österreich möge im 21. Jahrhundert aufgrund historischer Dankeschuld die Unabhängigkeitsbemühungen Kataloniens unterstützen. Einige der Informationen im Text waren ungenau, manche schlicht falsch, die Schlussfolgerung jedenfalls unlogisch.

Der Text vermittelt den Eindruck, das spanische Element in Wien, das an Schwarzspanierstraße und Spanischer Hofreitschule festgemacht wird, stamme von der Auswanderungswelle nach dem Spanischen Erbfolgekrieg. Tatsächlich sind die Klöster der „Schwarz-“ und „Weißspanier“ im 17. Jahrhundert entstanden. Die Präsenz von Spaniern in Wien ist wenigstens ab dem 16. Jahrhundert – wohl auch aufgrund starker dynastischer Verbindungen zwischen den beiden Habsburger-Linien – eine ständige Realität: Renaissancedichter Garcilaso de la Vega beklagte in seiner „III. Kanzone“ seine Verbannung auf eine Donauinsel, Cristóbal de Castillejo verteidigte von Wien aus die traditionellen spanischen Gedichtformen gegen italienische Einflüsse beim auf Spanisch dichtenden Katalanen Juan Boscán – das alles in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Spanische Einwanderung nach Wien gab es also schon lang bevor 1714 die dynastische Verbindung nach 14 Jahren Krieg endete.

Dieser Krieg – der Spanische Erbfolgekrieg – war auch eine Art Bürgerkrieg: Philipp wollte die Sonderrechte der in der spanischen Krone vereinigten Königreiche und Fürstentümer aufheben und eine zentralisierte Regierung einrichten, daher neigten die Vertreter der Regionen mit Sonderrechten eher dem Habsburger zu und sammelten sich am 1705 eingerichteten Hof Karls in Barcelona. Tatsächlich wurde der Krieg aber zwischen England

und Frankreich geführt, und als Karl nach dem frühen Tod seines Bruders Joseph nach Mitteleuropa zurückkehren musste und zum römischen Kaiser gekrönt wurde, zog sich England zurück und bereitete den Frieden von Utrecht vor, der der englischen Flotte Handelsvorteile sicherte und den Bourbonen die spanische Krone zuerkannte.

Der Hof in Barcelona musste daher Anfang 1713 aufgegeben werden; einige in die Verwaltung eingebundene Spanier, in der Mehrzahl Katalanen aus niederem Adel wie Ramón de Vilana Perlas, die unter Karl in die Hocharistokratie aufgestiegen waren, zogen nach Wien, wo sie im Spanischen Rat nicht mehr für die Angelegenheiten Spaniens, sondern für die früher zur spanischen Krone gehörenden Gebiete in Italien zuständig waren, die 1714 zu Österreich kamen. Diese Verwaltung in spanischer, nicht katalanischer, Sprache führte übrigens zu schärfsten Protesten der vielen im multikulturellen Wien ansässigen Italiener.

Ein ganzes Armeekorps?

Von 1710 bis 1720 sind ca. 15.000 bis 20.000 Spanier, nicht nur aus Katalonien, neu nach Wien gekommen. Dass aus diesen 25 Jahre später ein ganzes „Armeekorps mit katalanischen Exilanten“ in Maria Theresias Krieg gegen Bayern erwachsen wäre, scheint wenig glaubwürdig. In dem neubändigen Werk „Der Österreichische Erbfolgekrieg 1740–1748“ (Wien 1896–1914) ist von einem solchen nichts zu lesen. Für eine Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen des heutigen Katalonien, das (Stand 2013) nur 31 Prozent Einwohner mit katalanischer Muttersprache hat, aber in aggressivem Sprachnationalismus kaum Toleranz für Anderssprachige aufbringt, ist aus dieser Geschichte jedenfalls kaum etwas zu gewinnen.

Univ.Prof. (iR) Dr. Dr. Michael Rössner (*1953) ist Hispanist und war bis 2021 Direktor des Instituts für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte an der ÖAW.

E-Mails an: debate@diepresse.com



Europäische Umweltpolitik: Ungiftig? Unmöglich!

Gastbeitrag. Jede Substanz weist irgendeine Art der „Gifftigkeit“ auf. Die „Ungifftigkeit“ unserer Umwelt als politisches Ziel ist daher fehlleitend.

VON THOMAS JAKL

Der Oxford-Physiker David Deutsch zieht im Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (14/22) gar heftig vom Leder, wenn er meint: „Das Vorsorgeprinzip ist ein Übel. Wenn Sie alles Neue unterdrücken, weil es unvorhergesehene Nebeneffekte haben könnte, dann behindern Sie den Fortschritt...“

Irreversibler Schaden

Abgesehen davon, dass eine kritische Haltung zum Vorsorgeprinzip im angloamerikanischen Sprachraum Tradition hat, liegt dem harschen Ausritt des Herrn Deutsch ein fehlgeleitetes Verständnis zugrunde. Das Prinzip der Vorsorge, wie es im internationalen und europäischen Recht festgelegt ist, besagt, dass bei einer bestehenden Bedrohung vorerst, irreversiblen Schaden das Fehlen wissenschaftlicher Gewissheit nicht als Begründung dienen darf, um Maß-

nahmen zur Vermeidung von Umweltschäden hintanzuhalten (etwa „Bergen“ ECE Ministerdeklaration, 1990).

Wie schon die EU-Kommission in ihrer Mitteilung zum Vorsorgeprinzip aus dem Jahr 2000 betont, ist es Bedingung für seine Anwendung, dass es eine solide wissenschaftliche Basis geben muss, die dokumentiert, worin die konkrete Gefährdung besteht, wie groß die Wahrscheinlichkeit einer effektiven Schädigung ist und warum die vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet sind, den Schaden abzuwenden. Zudem ist eine exakte Evaluierung der getroffenen Maßnahmen vorzunehmen und ständig zu beobachten, ob und inwieweit sich die Voraussetzungen und Annahmen für das Einschreiten ändern.

Heruntergebrochen auf die Realität bedeutet dies etwa, dass Stoffe mit bestimmten besonders gefährlichen Eigenschaften, etwa in Kosmetika, nicht eingesetzt werden dürfen – also nicht erst abge-

wartet wird, ob Konsumenten und Konsumentinnen tatsächlich Schaden nehmen.

Ein Meilenstein

Deutsch setzt also den Schutz vor plausiblen, sich abzeichnenden Schäden gleich mit der „Unterdrückung des Neuen“, was eine grobe Missinterpretation darstellt, aber eine wichtige Bringschuld ins Bewusstsein rückt: Der wissenschaftsbasierte Charakter des Vorsorgeprinzips ist ein hohes, verletzliches Gut und muss transparent gelebt werden. Eine Bedingung dafür ist, für Politikbereiche, denen dieser Grundsatz innewohnt, ein strukturiertes wissenschaftliches Umfeld zu schaffen, das dafür sorgt, dass bestehende Maßnahmen begleitend evaluiert, neue Phänomene rasch erkannt und bewertet werden und das bestehende Instrumentarium dynamisch an den Stand der Wissenschaft angepasst wird.

Die europäischen Regelungen zum Schutz vor gefährli-

PIZZICATO

Die Tour und der Tourismus

Ein holpriger Start, mit Pannen und ohne Mehrheit: So lässt sich die Ära Macron II an. Frankreichs Präsident und seine Premierministerin präsentierten im Élysée-Palast jüngst ihr Kabinett. Die Nation steuert schnurstracks in ein Patt. Eine Koalition? Pah, wir sind doch keine Deutschen! So ließ sich Christian Jacob, kein Jakobiner, aber der Chef der zerzausten Republikaner, vernehmen.

Dynamik geht im Land derzeit nur von der Tour de France aus. Wenn die Franzosen nicht ihre „Grande Boucle“, ihre „große Schleife“, hätten! Nach dem Auftakt in Dänemark rollt das Peloton nun endlich durch die Lande – von der Normandie durch die „Kopfsteinpflaster-Hölle des Nordens“, zum Nationalfeiertag auf l'Alpe d'Huez, über Carcassonne und Lourdes nach Paris. Was macht es da schon, dass Belgier und Niederländer das Klassement dominieren und die Franzosen nichts zu bestellen haben?

Eine bessere Tourismuswerbung gibt es nicht. Die Weizen- und Lavendelfelder, die Kathedralen und Klöster: Das macht Lust auf die Bretagne und die Provence, wohin die Franzosen sich in einer Blechkarawane nach dem Schlusssprint der Tour auf den Champs-Élysées im August wälzen – um mit Wut im Bauch über die Inflation und die Benzinpreise zurückzukommen. Macron hört schon die Signale: Im September drohen Stunk und Streik. (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Ein gutes Bild des Menschen Nehammer

„Der Kanzler auf Ö3: ‚Ich bin 1,90 m groß, wiege 100 Kilo‘“, Radio-Notiz von Rosa Schmidt-Vierthaler, diepresse.com, 4. 7. Der Meinung von Rosa Schmidt-Vierthaler kann ich nicht zustimmen! Es gibt genügend kritische Interviewer wie z. B. die „ZiB 2“-Moderatoren, die ständig und so manches Mal auch übertrieben die Politiker aus der Reserve zu locken versuchen. Es ist sicherlich nicht Claudia Stöckls Aufgabe, sich in diese Riege einzureihen. Frau Stöckl zeigt den Menschen hinter dem Politiker! Viel zu viele, die Politiker mit Drohungen und Hass-Schriften überschütten, vergessen, dass dahinter auch ganz

normale Menschen stecken, welche versuchen, im Rahmen ihrer Weltanschauung das Beste und Richtige zu tun.

Nicht dass ich jede der getroffenen Aussagen des Herrn Bundeskanzlers geschätzt hätte, aber die Sendung hat ein gutes Bild des Menschen Nehammer vermittelt, und Frau Stöckl hat wieder einmal ihre Sache sehr gut gemacht!

Dr. Gerhard Danninger, 4284 Tragwein

Frühes Screening kann viele Leben retten

Ein Aufruf
Prävention war das Thema einer Veranstaltung des Vereins Praevenire Ende Juni im Stift Seitenstetten und wurde am 25. 6. auch im „Morgenjournal“ behandelt. Dort wurden die Cholesterin-Problematik und das Übergewicht adressiert, wobei zu Ersterem festgestellt wurde, dass die Österreicher ein „Cholesterin-Problem“ hätten, und daher ein Cholesterin-Screening empfohlen wurde.

Ein solches ist sicher wissenschaftlich gut begründbar, aber vorwiegend mit dem Ziel, jene Personen zu erfassen, die aufgrund einer genetischen Disposition eine sogenannte familiäre Hypercholesterinämie aufweisen (eine von 200 Personen ist davon betroffen). Sie ist nämlich die Ursache für Verengungen der Herzkranzgefäße, in der Folge für Herzinfarkte und Schlaganfälle. In Österreich sind nach Schätzungen ca. 90 Prozent der betroffenen Fälle unerkannt und werden meist erst nach Auftreten von Herzkrankungen, beim Anlegen von Stents oder bei Bypass-Operationen entdeckt. Wenn diese angeborene Stoffwechselerkrankung schon im Kindesalter erkannt wird und eine fachgerechte Therapie frühzeitig beginnt, können koronare Herzkrankungen weitgehend verhindert werden.

Ein generelles Cholesterin-Screening wurde 1990 (!) von der Österreichischen Lipid-Liga dem Gesundheitsministerium empfohlen. Im Jugend-Gesundheits-

chen Chemikalien sind nun seit wenigen Wochen in ein solches Umfeld eingebettet. Aufbauend auf ein EU-weites Vorhaben zur Erfassung der Belastung der europäischen Bevölkerung mit chemischen Stoffen (HBM4EU - Human Biomonitoring for Europe) entstand die Partnership for Risk Assessment, Parc. Ein Vorhaben, mit insgesamt 400 Millionen Euro aus dem Horizon-Europe-Programm der Kommission und aus den Mitgliedstaaten dotiert, das zunächst bis zum Jahr 2029 die EU-Chemiepolitik wissenschaftlich begleiten wird. „Greifen die getroffenen Maßnahmen, und gehen die Belastungen zurück?“, „Finden sich neue Effekte oder neue Schadstoffe?“, „Müssen zusätzliche Instrumente entwickelt werden?“ – das sind nur einige Fragen, die Parc beantworten wird, und seine Befunde werden wichtig sein: für die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und die Politik. Erstmals wird ein umweltpolitischer Kernbereich der Union durch ein Vorhaben aus ihrem eigenen Forschungsprogramm – 200(!) europäische Forschungsstellen sind beteiligt – gezielt und systematisch begleitet. Kommission und Mitgliedstaaten (Österreich an vorderster Front) haben gemeinsam jahrelang an diesem wichtigen, bahnbrechenden Schritt gearbeitet.

Seriosität bei Zielvorstellungen

Wenn nun das rechtspolitische Rückgrat und das begleitende Instrumentarium eines Politikbereiches wissenschaftlich Lege artis unterfüttert sind, hat dies erst recht für die politischen Zielvorstellungen zu gelten. Nun rittern, im Rahmen des EU Green Deal, gleich zwei Slogans – in den Dokumenten durchmischt gebraucht – darum, die Zielvision für die Minimierung der Umweltbelastung durch Schadstoffe zum umreißen. Der „Zero Pollution Ambition“ wird das Streben nach einem „Non-Toxic Environment“ zur Seite gestellt.

Nun ist es für eine Zielvorstellung vollkommen legitim, die Idealvorstellung einer „Null-Ver-

schmutzung“ als Richtschnur im Blick zu haben. Auch wenn es physikalisch/technisch unmöglich ist, die einschlägigen Richtlinien und Verordnung sollen, dieser Orientierung folgend, eine Minimierung der Belastungen, idealerweise auf null, erreichen. „Ungiftigkeit der Umwelt“ als politische Ambition hingegen ist nicht bloß wissenschaftlich unhaltbar, sondern stellt ein effektiv fehlleitendes Ziel dar. Das Schwächen, Abwehren, Hintanhalten feindlicher oder störender Lebewesen durch potenziell schädigende Stoffe („Gifte“) ist die Sprache der Ökologie und hat eine Schlüsselstellung bei der Erhaltung des Gleichgewichts in Ökosystemen. Im Wechselspiel der Evolution haben natürlich auch die potenziellen Adressaten der „Gifte“ Mechanismen zur Entschärfung entwickelt. Auch gegenüber Umweltgiften.

Bestandteil unseres Alltags

Wir Menschen bilden hierbei keine Ausnahme und sind seit Unbeginn unserer Evolution mit „Umweltgiften“ konfrontiert. Feinstaub, Verbrennungsrückstände, bodennahes Ozon, Pilzgifte kommen (auch) natürlich vor und sind seit jeher Bestandteil unseres Alltags. Unser Körper hat Mechanismen entwickelt, die uns (bis hin zu Belastungsobergrenzen, die allerdings – wie auch HBM4EU zeigte – vielfach überschritten sind) schützen. Selbstredend gilt es, Stoffe mit möglichst günstigem ökotoxikologischem Profil bestmöglich zu forcieren und schädliche Industriechemikalien adäquat zu beschränken. Jede Substanz weist aber irgendeine Art der „Giftigkeit“ gegenüber irgendeinem Organismus auf. Der bloße Nachweis eines Stoffes sagt zudem noch nichts über eine etwaige Belastung aus. Aber für die alarmistische Bestätigung, dass unsere Umwelt eben „toxisch“ sei, reicht es allemal. Manche Stoffe, die in der Vergangenheit freigesetzt wurden, sind zudem so stabil, dass wir mit ihrer Existenz werden leben müssen – vieles werden wir eben nicht mehr los.

Die Europäische Umweltpolitik hat eine durchgängige, konsistente Leitlinie zu verfolgen, die sich an Wissenschaftlichkeit orientiert und sich konsequent in den umweltpolitischen Prinzipien und Instrumenten abbildet. Diesem Grundsatz müssen gerade auch die großen übergeordneten Zielvorstellungen entsprechen. Die Orientierung an absoluter Vermeidung weiterer Verschmutzungen taugt dazu. Der Wunsch nach absoluter „Ungiftigkeit“ hingegen hält diesem Anspruch nicht stand.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON THOMAS WEBER



Koffein an jeder Ecke: Der Kulturkampf ums Kaffeehaus

Die Konkurrenz ist groß, für Kaffeehäuser ohne besondere Ambition wird es schwerer. Nostalgie allein wird Wiens Kaffeehauskultur nicht bewahren.

Langsam rächt es sich, dass die viel gerühmte Kaffeehauskultur immer zuvorderst eine räumlich-soziale Einrichtung war und nie eine Kaffeekultur, die sich weiterentwickeln musste. „Im Kaffeehaus sitzen Leute, die allein sein wollen, aber dazu Gesellschaft brauchen“, beobachtete einst der Schriftsteller Alfred Polgar, selbst einer jener langsam in Vergessenheit geratenden „Kaffeehausliteraten“. Der Kaffee selbst war also nebensächlich. Was zählte, war das Flair, die Ruhe trotz Geschäftigkeit, die Möglichkeit, kontemplativ in die Welt einzutauchen – denn das Angebot an Zeitschriften, auch internationalen, half auch

„Ist es schade ums Westend? Natürlich. Aber sollen Stadt oder Staat hier eingreifen und das Kaffeehaus retten? Natürlich nicht.“

Jetzt hat also das Café Westend zugesperrt; jenes legendäre Kaffeehaus am Gürtel, direkt gegenüber dem Westbahnhof auf der Mariahilfer Straße. Bekannt auch in den Bundesländern, weil der Westbahnhof bis vorgestern der heimliche Hauptbahnhof der Stadt war. Für fast alle Himmelsrichtungen galt: Wer mit dem Zug nach Wien kommt, kommt am Westend kaum vorbei. Es war das erste Haus am Platz. Nun rechnet sich der Betrieb nicht mehr, und die Aufregung ist groß. Manche fürchten gar den Untergang des Abendlands Westwiener Prägung. Die Stadt oder der Staat müssten einspringen, heißt es. Das Kulturgut, die Institution gehört gefälligst bewahrt.

Nun möchte ich nicht verschweigen, dass ich selbst durchaus sentimentale Gefühle gegenüber den Räumlichkeiten des Westend hege. Ich habe dort viele Interviews und Hintergrundgespräche geführt, viel Zeit verbracht: rauchend, lesend, sinnierend. In den vergangenen Jahren – auch vor Corona schon – war ich allerdings kaum noch dort anzutreffen. Warum? Zuallererst lag das daran, dass die Gegend an Bedeutung verloren hatte. Nicht nur für mich persönlich, auch insgesamt. Für potenzielle Gesprächspartner von auswärts bot die Westbahnhofsgegend bloß noch in seltenen Fällen Vorteile. Seit

der Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs lag das Westend im Abseits. Für Kaffee von besonderer Güte oder ambitionierte Kulinarik war das Lokal auch nie bekannt. Zeitung lese ich zwar immer noch. Wirklich überwältigend ist die Auswahl an Zeitschriften aber nur noch in wenigen Cafés. Und Zugang zur Weltpresse oder die Möglichkeit, in Gesellschaft allein zu sein, beides gewährt heute in konkurrenzloser Art und Weise das Smartphone. Herrliche Kaffeeöstungen gibt es in unzähligen kleinen Barista-Buden rundum. Billiges Koffein to go bieten mittlerweile selbst viele Handyhüllentandler an. Wer günstige Systemgastronomie sucht, wird unmittelbar am Westbahnhof selbst bestens bedient. Parklets und zeitgemäßes Stadtmobiliar ermöglichen mittlerweile außerdem völlig konsumfreies Verweilen an öffentlichen Plätzen.

Ist es also schade ums Westend? Natürlich. Aber sollen Stadt oder Staat hier eingreifen und das Kaffeehaus retten? Natürlich nicht.

Das wäre ein völlig falsches Signal für die Hunderten kleinen Lokale und Cafés, die sich in den angrenzenden Bezirken behaupten; teilweise mit tollen Angeboten und ausgefeilten Konzepten. Und die völlig selbstverständlich und ohne jedes Sentiment wieder verschwinden (müssen), wenn sich etwas davon nicht bewährt.

Außerdem ist Kultur mehr als das, was sich gerade noch innerhalb des Wiener Gürtels abspielt: Wie kämen all jene, in deren Lebenswelt seit Jahrzehnten still und heimlich die Landgasthöfe und Dorfwirtshäuser zugesperrt haben, dazu, des Hauptstädtlers verklärte Kaffeehaus-Nostalgie zu finanzieren?

Aiso: Adieu, Westend! Die Zeit war schön, aber der Kaffee im Phil schmeckt besser und der Gastgarten im Café Sperl ist schöner. Hier sitze ich nun und frage mich bei einer Melange, was wir ändern müssen, damit sich auch an den neuen Hauptverkehrswegen – etwa an Hauptbahnhöfen – wieder Orte mit Charakter entwickeln können.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor:

Thomas Weber ist Gründer und Herausgeber von „Biorama“ (Magazin für nachhaltigen Lebensstil) und Buchautor (zuletzt: „100 Punkte Tag für Tag“). Er verantwortet die im Residenz-Verlag erscheinende Buchreihe „Leben auf Sicht“ und lebt im Marchfeld vor Wien. Er schreibt hier mit der Journalistin und Autorin Anna Goldenberg.

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner

DER AUTOR



Thomas Jakl (* 1965) ist Erdwissenschaftler und Biologe. Er arbeitete bis 1991 an der Universität Wien und wechselte dann in das Umweltministerium. Soeben erschienen seine gesammelten Gastkommentare aus „Presse“, „Furche“, „Kurier“ und „Wiener Zeitung“ als Buch unter dem Titel: „Wie bio ist der Bobo?“

(MyMorawa).

[Privat]

pass, der auf Initiative von Ministerin Rauch-Kallat erstellt, aber leider wegen Finanzierungsproblemen nicht realisiert wurde, ist die Routine-Blutuntersuchung auf Cholesterin bei Kindern enthalten. Die slowenische EU-Präsidentenschaft hat im vergangenen Jahr ein solches Screening für alle EU-Länder empfohlen – in Österreich wurde, wie so oft, gar nicht reagiert.

Fazit: Ein Screening für erhöhtes Cholesterin im Kindes- und Jugendalter ist wissenschaftlich eindeutig indiziert, praktikabel und kann viele Leben retten!

Univ.-Prof. Dr. Kurt Widhalm, FA für Kinder- und Jugendheilkunde; em. Univ.-Prof. f. Ernährungsmethoden Med-Uni Wien; 1180 Wien

Da ist etwas faul im Staate Österreich

„Klimarat: Unbequeme Maßnahmen“, von Michael Lohmeyer, 5. 7.

Die Ergebnisse des Klimarates, dieser Zufallsauswahl an Menschen, sind ernüchternd harmlos. Wen wundert's eigentlich? Warum

sollen unerfahrene Menschen in Sachen „Klima“ bessere Lösungen finden als fundierte Experten?

Gleichzeitig bekämpfen unsere grünen „Expert:innen“ die selbst erarbeitete Energiekrise mit sauberer Kohle, frischem Erdöl und „Kochen mit Deckel“. Zwei Millionen Menschen in Österreich sind ärmer als vor zwei Jahren und haben Probleme, ihr normales Leben zu finanzieren. Wir führen als Antwort eine CO₂-Steuer ein, die mit Sicherheit nicht das Klima retten wird, aber das Leben teurer macht. Wir dilettieren kontinuierlich in der Pandemiebekämpfung, statt unsere Maßnahmen nach dem Beispiel der erfolgreichen Länder Schweiz oder Schweden zu organisieren, mit dem Ergebnis: 2,8% Minuswachstum einerseits versus 6,6% BIP-Schrumpfung andererseits. Wir stellen uns aktiv auf die Seite der Ukraine, obwohl wir neutral sein sollten. Damit schwächen wir uns selbst, aber dafür langfristig, weil wir ab nun teure Alternativen kaufen müssen, die uns alle effektiv ärmer machen.

Unsere Politik fährt mit derselben Strategie weiter, obwohl wir mit offenen Augen unser erfolgreiches sozial-marktwirtschaftliches System gegen die Wand fahren: Da ist etwas faul im Staate Österreich. Toni Matosic, 1130 Wien

Konzentrieren auf die Bösewichte von heute

„Entscheidet endlich über Lueger-Denkmal“, Interview mit Danielle Spera von Almuth Spiegler, 30. 6. Es ist erschreckend, mit welcher Verbissenheit die Debatte um das Lueger-Denkmal geführt wird. Anstatt auf den gesellschaftlichen Fortschritt seit düsteren Zeiten stolz hinzuweisen und es dabei zu belassen, wird versucht, durch Verschandelung oder Entfernung historischer Denkmäler unliebsame Tatsachen der Geschichte unsichtbar und damit ungeschehen zu machen. Aber das funktioniert so nicht. Die Geschichte der Menschheit ist – aus unserer heutigen Sicht – voller grausamer Ereignisse auf vielen Ebenen.

Manche Bösewichte der Vergangenheit werden mit dem Abstand von Jahrhunderten mit erstaunlicher Milde betrachtet, wie zum Beispiel Napoleon anlässlich seines zweihundertsten Todestags – übrigens auch von der „Presse“. Seien wir froh, dass sie Spuren der Römer, der Hunnen und der osmanischen Eroberer entfernen sowie katholische Kirchen schließen wegen ihrer Inquisition und Hexenprozesse.

Konzentrieren wir uns auf die Grausamkeiten und die Bösewichte von heute. Es gibt noch immer davon genug! Heinz Rotte, 1220 Wien

Was sind wir doch für Experten für gar alles

Eine (Selbst-)Kritik Was wir alle alles sind: Experten und Expertinnen für Virenbekämpfung, Seuchenprävention, Terrorabwehr, Rechtssprechung im Finanzstrafrecht (Causa Grasser),

Fußballexperten sowieso, und in Fragen der Landesverteidigung und der Neutralität reicht uns ohnehin niemand das Wasser. Friedensexperten waren wir immer, und wie Krisenvorsorge geht, haben wir mit der Muttermilch aufgesogen. Jetzt muss man uns nur noch nach Kiew schicken, und es ist Ruhe im Karton und Friede auf Erden.

Was sind wir doch für talentierte Volk-Darsteller in dieser Operette Österreich.

Klaus Schauer, 9020 Klagenfurt

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: [diepresse.com/meinung](https://www.diepresse.com/meinung)
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.